



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 47. Sitzung des
Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde
am 02.04.2014, 18:15 Uhr,
in der Rathauspassage Eberswalde, Konferenzraum,
3. Etage, Breite Straße 39, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 46. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 12.03.2014
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
10. Vorstellung der Quartiersmanagerin sowie erste Schritte und Maßnahmen für das Bürgerzentrum im Brandenburgischen Viertel
11. Antrag auf Gewährung eines Zuschusses für den SV Motor Eberswalde e. V.
12. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

12.1. **Vorlage:** BV/1114/2014

Einreicher/zuständige Dienststelle:
61 – Stadtentwicklungsamt

INSEK Strategie Eberswalde 2030

12.2. **Vorlage:** BV/1112/2014

Einreicher/zuständige Dienststelle:
40 – Amt für Bildung, Jugend und Sport

Rahmenkonzeption für das Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio

12.3. ***Vorlage:** BV/1125/2014

Einreicher/zuständige Dienststelle:
Fraktionen: SPD, DIE LINKE,
Bündnis 90/Die Grünen

Schulsozialarbeit an den städtischen Grundschulen

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Schumacher, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport (ABJS), eröffnet die 47. Sitzung des ABJS um 18:15 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Besonders begrüßen möchte er als neues Ausschussmitglied und sachkundige Einwohnerin, Frau Cornelia Rätz.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Schumacher stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der ABJS beschlussfähig ist. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Zu Beginn der Sitzung sind **neun Stadtverordnete** anwesend (**siehe Anlage 1**).

Es werden folgende Stadtverordnete vertreten:

- Herr Hoeck durch Herrn Postler
- Frau Dr. Brauns durch Herrn Lux
- Frau Büschel durch Herrn Duckert

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 46. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 12.03.2014

Schriftliche Einwendungen gegen die Niederschrift der 46. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport liegen nicht vor.

Herr Zinn hat keine Anregungen oder Anfragen. Er möchte sich aber für die gute Qualität der hier in diesem Ausschuss vorgelegten Protokolle bedanken, auch deshalb, weil man offene Fragen gut nachvollziehen kann.

Der Niederschrift wird **mehrheitlich zugestimmt**.

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Herr Schumacher verweist auf die vorliegende Eilvorlage „Schulsozialarbeit an städtischen Grundschulen“, die vor Sitzungsbeginn ausgeteilt wurde und über die heute abzustimmen ist. Er bittet die Einreicher der Vorlage, die Eilbedürftigkeit zu erklären.

Herr Lux teilt mit, dass die Vorlage schon vorab verschickt wurde, er aber gern noch einmal mündlich zusammenfassen kann, was die beiden entscheidenden Aspekte für diese Vorlage sind. In der letzten Sitzung des Hauptausschusses (HA) hatte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe (AG) „Schulsozialarbeit“, Herr Zaumseil, berichtet und was auch in der letzten Stadtverordnetenversammlung (StVV.) zur Kenntnis genommen wurde, dass der Stadtverordnetenbeschluss ja vorsieht bis Ende März 2014 eine Empfehlung für die StVV. vorzunehmen, so nicht möglich ist. Insofern ist dieser Beschluss, wie ihn die StVV. getroffen hat, obsolet und deshalb muss aus Sicht der Einreicher eine dringende Entscheidung getroffen werden, wie es mit dieser Problematik weiter geht. Der zweite Aspekt ist der, dass die Stellen zeitnah zu besetzen sind, wobei auch noch Ausschreibungsfristen damit verbunden sind. Aus Sicht der Einreicher macht es auch keinen Sinn, noch bis Mai zu warten und noch einmal vier Wochen zu verlieren, weil dann die Wahlen anstehen und danach die Sommerpause beginnt. Die Einreicher bitten deshalb darum, dass heute ihre Vorlage so behandelt wird, damit sie diesen Fachausschuss passieren kann, um sie dann morgen im Finanzausschuss diskutieren zu können und dann entsprechend im nächsten HA und in der nächsten StVV.

Herr Zinn teilt mit, dass seine Fraktion (Die Linke/Allianz freier Wähler) dem Antrag zustimmen wird. Er hat nur die Bitte, dass die Position seiner Fraktion - falls der Antrag beschlossen werden sollte und auf die Tagesordnung kommt - unter diesem TOP mit behandelt wird, da sie für diesen relevant ist. Die schriftliche Positionierung wurde gestern per E-Mail an alle Ausschussmitglieder gesandt, also unmittelbar nach Kenntnisnahme dieser Beschlussvorlage.

Herr Schumacher bittet um die Abstimmung der Eilbedürftigkeit der Beschlussvorlage:

Abstimmungsergebnis: - mehrheitlich zugestimmt -

Herr Schumacher bittet um die Aufnahme der Beschlussvorlage: BV/1125/2014 - „Schulsozialarbeit an städtischen Grundschulen“ unter dem TOP 12.3, der um diesen TOP zu erweitern ist.

Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung **einstimmig angenommen**.

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Es gibt keine Informationen durch den stellvertretenden Vorsitzenden.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern gestellt.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

Frau Fellner gibt folgende Information:

Wie bereits in der Presse zu lesen war, hatte die Verwaltung am 13.03.14 einen Runden Tisch im Brandenburgischen Viertel (BV) mit „Akteuren im Gebiet“ durchgeführt, der sich mit dem Thema: „Zukunft des Potsdamer Platzes“ beschäftigte. Es wurde ein Planungsbüro beauftragt, dass den Prozess begleitet und moderiert und mit dem die Verwaltung bereits auch in anderen Verfahren, wie bspw. der Spielleitplanung, gute Erfahrungen machen konnte. Das Ganze diente der Vorbereitung eines Bürgerforums, dass die Verwaltung am 23.06.2014 durchführen wird. Das Bürgerforum soll mit einer Baustellenbesichtigung der GS „Schwärzeseesee“ beginnen. Im Anschluss daran findet dann im Dietrich-Bonhoeffer-Haus die Tagung statt. Ziel der Zusammenkunft ist gewesen sich darüber Gedanken zu machen, was die wichtigsten Ziele für eine Weiterentwicklung/-qualifizierung des Potsdamer Platzes sind. Die wichtigsten Ergebnisse des Workshops waren: die Verständigung auf das Motto „Potsdamer Platz - ein Platz für Alle“, die Untersetzung mit konkreten Ideen zur Aktivierung und Attraktivierung, die Belebung des Platzes für und durch alle Bevölkerungsgruppen sowie ein räumliches Gliedern des Platzes unter Einbeziehung der angrenzenden Grünfläche. Im Anschluss an diese Veranstaltung wurde gemeinsam mit Herrn Zinn als Ortsvorsteher auch die Presse darüber informiert. Dieses Thema wird natürlich auch weiterhin gemeinsam mit dem Ortsvorsteher und den „Akteuren im Gebiet“ vorangetrieben. Frau Fellner lädt alle Ausschussmitglieder zum Bürgerforum am 23.06.2014 um 18:00 Uhr herzlich ein. Interessierte können auch gern ab 16:30 Uhr an der Baustellenbesichtigung der GS „Schwärzeseesee“ teilnehmen.

Herr Gatzlaff gibt folgende Information:

Er hat heute eine erfreuliche Nachricht, die mit der Bekanntgabe der Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst zusammenhängt. Es wird keine Streiks geben, da sich die Tarifvertragsparteien in

der dritten Runde geeinigt haben und Eberswalde dieses Mal davon verschont geblieben ist. Außerdem bekommen die Beschäftigten der Stadtverwaltung eine Entgelterhöhung in zwei Stufen (ab 01.03.2014 = 3,0 % und ab 01.04.2015 = 2,4%, für die unteren Entgeltgruppen mindestens 90,- €). Diese Erhöhungen haben natürlich auch finanzielle Auswirkungen bei den Personalkosten, die in 2014 ca. 520 T€ betragen werden, in 2015 ca. 1 Mio. € und in 2016 ca. 1,1 Mio. €. Ein Teil der Mehrkosten konnte bereits im Haushaltsplan berücksichtigt werden, da die Verwaltung schon mit Tarifierhöhungen gerechnet hatte, allerdings nicht in der Höhe. Die Verwaltung würde auf die Stadtverordneten zukommen, falls der Haushaltsansatz nicht ausreichen sollte.

Frau Ladewig gibt folgende Informationen:

1. Am 26.03.14 fand in der Kita „Gestiefelter Kater“ der Tag der frühkindlichen Bildung statt, unter dem Motto: „Hurra, ich werde ein Schulkind“. Die Veranstaltung wurde von den Eltern und Kindern gut angenommen (ca. 150 Kinder/ca. 80 Eltern). Es waren weiterhin auch verschiedene Stadtverordnete und sachk. Einwohner/-innen anwesend. Die Verwaltung hat heute eine Zusammenstellung von Impressionen vorbereitet und mitgebracht, die anschließend von Frau Ladewig in die Runde geben werden.
2. Derzeit läuft die Ausschreibung für das Mobiliar der GS „Schwäzeseesee“. Die Zuschlagsfrist ist für den 30.05.14 terminiert. 33 Unternehmen haben die Vergabeunterlagen angefordert, davon haben 10 Unternehmer ein Angebot eingereicht. Im Ergebnis der Submission wurde davon kein Angebot ausgeschlossen. Eine weitere Auswahl und Prüfung der Angebote von den 10 Unternehmen erfolgt derzeit. Die Auswertung fand gemeinsam mit der Schulleitung am 01.04. und 02.04.2014 statt. Eine entsprechende Beschlussvorlage wird dem Ausschuss am 07.05.2014 vorgelegt. Die Beschlussfassung ist für den 15.05.2014 im Hauptausschuss vorgesehen.
3. Das Fachamt beabsichtigt in Abstimmung mit dem Ortsvorsteher ein Partizipationsverfahren zur Skateranlage im BV. Dieses Verfahren ist sehr zeitintensiv und wird in mehreren Schritten durchgeführt werden. Am 14.04.2014 ist dazu im Club am Wald mit den Anwohnern eine öffentliche Anwohnersammlung geplant. Themen werden u. a. sein: die Lautstärke, Nichteinhaltung von Ruhezeiten etc.

Frau Forster gibt folgende Informationen:

1. In der letzten Sitzung informierte sie bereits darüber, dass am 01.04.2014 die erste Auswertungsrunde zur Studie „Bildungsangebote in Eberswalde“ mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) stattfinden wird. Über diese Runde möchte sie heute kurz berichten. Der Einstieg erfolgte über Grundgedanken zum Aufbau einer lokalen Bildungslandschaft als planvolle Vernetzung aller Bildungsorte und Bildungsakteure in einer Stadt. Es ist ein langfristiger, professionell zu gestaltender Prozess mit dem Ziel eines gemeinsamen, abgestimmten Handelns aller Bildungsakteure, wobei sowohl formale als auch informelle Lernwelten in den Blick zu nehmen sind. Die Studie, die jetzt das DKJS für die Stadtverwaltung erarbeitet, ist der Ausgangspunkt für das Vorhaben, eine lokale Bildungslandschaft aufzubauen. Einige Erkenntnisse aus dieser Studie sind, es gibt in Eberswalde überwiegend regional tätige Bil-

dungsakteure die in Eberswalde verortet sind, aber kaum welche, die überregional oder bundesweit agieren. Überwiegend haben wir Bildungsangebote verortet in den Stadtteilen: Stadtmitte und Westend, im Brandenburgischen Viertel, aber auch in Finow. Ein anderes Ergebnis war u. a. auch, dass etwa 80 % der ausgemachten Bildungsangebote non-formaler und informaler Art sind, insbesondere auch im Freizeit-, Sport- und Gesundheitsbereich. Mit der DKJS wurde sich dahingehend verständigt, dass in einem zweiten Schritt Tiefenblicke in den Stadtteilen Finow, Brandenburgisches Viertel und Stadtmitte durchzuführen sind, besonders mit dem Fokus auf Familienbildung, Beratung, Erziehung und Elternarbeit. Eine zweite Auswertungsrunde ist für Ende Mai 2014 vorgesehen. Der Abschlussbericht durch die DKJS ist im September geplant.

2. In Bezug auf die Stiftung SPI kann mitgeteilt werden, dass seit gestern die Besetzung der Projektleitung erfolgt ist. In dieser Woche werden noch zwei weitere Einstellungsgespräche stattfinden. Die Mitarbeiter/-innen der Stiftung SPI könnten sich in einer der kommenden Sitzungen des ABJS vorstellen, über ihre Aufgaben und Arbeitsinhalte zu sprechen.

Herr Zinn hat folgende Anmerkungen/Anregungen/Anfragen:

1. Zu den Ausführungen von Frau Fellner, insbesondere zu dem Bürgerforum am 23.06.2014, würde er die dringende Empfehlung abgeben, zu überlegen, ob mit irgendwelchen Maßnahmen dazu beigetragen werden kann, um die Bürger/-innen zu motivieren, dass sie an diesen beiden Veranstaltungen auch teilnehmen. Da dieser Tag auf einen Montag fällt, könnten arbeitsbedingt viele Bürger/-innen wegbleiben oder Familien mit Kindern wegen des evtl. schönen Wetters zum Baden fahren. Besonders wichtig fände er, wenn die Bürger/-innen am Abend bei dem Bürgerforum mit dabei sind. Um viele Leute zu erreichen, sollte deshalb rechtzeitig über die Veranstaltungen informiert werden. Von Frau Fellner hätte er gerne gewusst, weil die Frage mehrfach an ihn herangetreten wurde, was denn an Ergebnissen bzgl. des Potsdamer Platzes herausgekommen ist, außer den Ergebnissen, die bereits in der Presse zu lesen waren. Seiner Meinung nach war mit Herrn Klikar verabredet worden, sich noch einmal über die wesentlichsten Ergebnisse zu beraten. Er war auch sehr erstaunt darüber, dass diese Maßnahme nicht einmal auf der Homepage der Stadtverwaltung zu lesen ist.
2. Frau Ladewig hatte vorhin die Skateranlage angesprochen und es ist wirklich so, dass jetzt ernsthaft über Maßnahmen gesprochen werden muss, weil es auf die Dauer nicht sein kann, dass die getroffenen Vereinbarungen immer nur von einer Seite eingehalten werden.
3. Er hätte gerne gewusst, ob es im Hort „Kinderinsel“ bzw. im Jugendclub am Wald personelle Ergänzungen oder Veränderungen gibt.

Frau Ladewig nimmt Bezug auf die letzte Anfrage von Herrn Zinn. Es gab wirklich eine personelle Veränderung. Ein Mitarbeiter hat aus persönlichen Gründen den Arbeitsort gewechselt, der erst einmal nur projektbezogen bis Mitte des Jahres im Jugendclub am Wald vorgesehen ist.

TOP 8

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 9

Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

Frau Schostan berichtet, ihr wurde mitgeteilt, dass ein Antrag auf einen Kita-Platz im Fachamt für Bildung, Jugend und Sport gestellt wurde und der wohl nicht so realisiert werden kann, wenn die Mutter wieder arbeiten geht. Sie möchte wissen, wie derzeit die aktuellen Zahlen zu den Kita-Plätzen sind, die bei der Stadt und bei den freien Trägern nicht vergeben werden können. Des Weiteren hat sie eine Anfrage zum Hort „Kleiner Stern“. Im Rahmen einer Elternversammlung wurde sie gefragt, wie es sich verhält mit der Beantragung eines Hortplatzes, weil in der Verwaltung wohl gesagt wurde, wer einen Kita-Platz hat, braucht keinen gesonderten Antrag für einen Hort-Platz zu stellen. Sie möchte wissen, ob es wirklich so ist und welche Kriterien erfüllt werden müssen, um z. B. einen Platz im Hort „Kleiner Stern“ zu bekommen. Außerdem interessiert sie, wann die Entscheidung darüber gefällt wird, wo die Kinder hinkommen.

Frau Ladewig erklärt, dass die Verwaltung regelmäßig über die Anzahl an fehlenden Kita-Plätzen in der Stadt informiert hat, die immer so um die 40 lag. Es ist auch dieses Mal so, dass mit dem Rechtsanspruch ab dem ersten Jahr ca. 38 Plätze vakant sind und derzeit nicht realisiert werden können, aber es sind auch 38 Plätze, wo beide Elternteile nicht in Arbeit sind, sondern ein Elternteil zu Hause ist.

Zur Hortproblematik führt Frau Ladewig aus, dass für den Übergang vom Kindergarten in den Hort generell eine Antragstellung erfolgen muss, die dann nach Eingangsdatum und Geschwisterkindern berücksichtigt werden. Am 23.05.2014 bekommen alle Eltern in der Stadt Eberswalde, die ein künftiges Hortkind haben, den Bescheid darüber, in welcher Einrichtung ihr Kind betreut wird.

TOP 10

Vorstellung der Quartiersmanagerin sowie erste Schritte und Maßnahmen für das Bürgerzentrum im Brandenburgischen Viertel

Herr Schumacher führt aus, die Präsentation konnte leider erst heute per E-Mail an alle Ausschussmitglieder verschickt werden, da es von Seiten der Verwaltung noch redaktionelle Änderungen gab. Er bittet Frau Johne um ihre Ausführungen zu diesem TOP.

Frau Johne bedankt sich recht herzlich für die Einladung und dafür, dass sie sich heute hier in diesem Ausschuss vorstellen kann. Seit Januar 2014 ist sie die neue Quartiersmanagerin für das Brandenburgische Viertel. In der anschließenden Präsentation wird sie zunächst kurz etwas zu ihrer Person sagen und dann über ihre aktuellen Arbeitsfelder berichten mit einigen Ausblicken. Die Ausführungen von Frau Johne liegen der Niederschrift bei **(siehe Anlage 3)**.

Herr Schumacher bedankt sich bei Frau Johne für die Ausführungen und wünscht ihr viel Erfolg, Schaffenskraft und Ausdauer für dieses große Aufgabengebiet.

Herr Zinn hat folgende Anfrage/Hinweise an Frau Johne:

1. Er hätte gerne gewusst, ob es einen offiziellen Abschluss gibt, weil sie ziemlich lange studiert hat.
2. In der allgemeinen Bevölkerung findet der Begriff „Quartiersmanagement“ nicht gerade Zuspruch. Aus seiner Sicht wäre die Bezeichnung „Kordinatorin soziale Stadt“ oder „Büro soziale Stadt“ günstiger, weil es für die Leute besser vermittelbar wäre.
3. Der Internetauftritt der Stadtverwaltung zu Fragen der Sozialen Stadt ist eine Katastrophe und sollte überarbeitet werden. Als positives Beispiel rät er, sich einmal den Internetauftritt von Hellersdorf anzusehen.

Herr Gatzlaff weist Frau Johne darauf hin, dass sie die Frage nach ihrem Abschluss oder wo sie wohnt und dergleichen, nicht im öffentlichen Teil beantworten muss. Es ist aber ihre freie Entscheidung.

Frau Johne führt aus, dass sie einen Bachelor in Sozialwissenschaften hat und einen Master in Kulturwissenschaften, die sie beide erfolgreich abgeschlossen hat.

Herr Zinn fragt nach, ob Frau Johne eine pädagogische Ausbildung hat.

Frau Johne verneint die Antwort. Sie hat sich aber im nonverbalen Sektor, also im ehrenamtlichen Bereich Bildung, engagiert. Derzeit absolviert sie eine Weiterbildung zur Elternberaterin. Zu der Anfrage bzgl. des Begriffs „Quartiersmanagement“ führt Frau Johne aus, dass sie sich bekanntermaßen im Büro immer am Telefon mit der Bezeichnung „Kontaktbüro soziale Stadt“ meldet, was auch an ihrer Bürotür dran steht. Sie persönlich favorisiert den Begriff „Quartiersmanagement“, auch wenn er unter Umständen definitiv kritisch ist. Außerdem findet sie diesen Begriff sinnvoll, weil er in diesem Kontext schon besetzt ist und sollte er gegoogelt werden, ist er bestenfalls auch schon verlinkt. Ob es nun Grund genug ist diesen Begriff weiter zu verwenden, sollte noch einmal besprochen werden.

Zu dem Hinweis, öffentlicher Auftritt des Quartiersmanagements, kann sie Folgendes sagen: Sie kennt das Quartiersmanagement in Hellersdorf, weil sie selber dort vor Ort war. Es gibt dort eine Quartiersreporterin, die nur alleine dafür zuständig ist. Außerdem wurde jemand extern damit beauftragt, um diese Seite zu erstellen. Das Quartiersmanagement ist dort mit drei Personen aufgestellt und der Aufgabenbereich ist auch ganz anders als hier in Eberswalde. Dass die Internetseite definitiv überarbeitet werden muss, kann sie nur bestätigen.

TOP 11

Antrag auf Gewährung eines Zuschusses für den SV Motor Eberswalde e. V.

Herr Schumacher teilt mit, dass der vorliegende Antrag des SV Motor Eberswalde e. V. beim

Fachamt eingereicht und vom zuständigen Sachbearbeiter auch bestätigt wurde. Bei diesem Antrag handelt es sich um die jährliche Bezuschussung der Mitglieder, die unter 18 Jahren sind und der aufgrund der hohen Anzahl an Mitgliedern eine hohe Fördersumme hat, die durch den Ausschuss zu beschließen ist.

Herr Prof. Creutziger fragt an, ob die beantragten Mitgliedsbeiträge für die Kinder (durchschnittliche 7,- €) pro Jahr oder pro Monat gelten.

Frau Ladewig erklärt, dass nach der städtischen Richtlinie der Mitgliedsbeitrag (bis zum vollendeten 18. Lebensjahr) einmal im Jahr mit 7,50 € pro Mitglied gefördert werden kann. Der SV Motor Eberswalde e. V. ist der einzige Verein, der die Fördersumme übersteigt, die die Verwaltung genehmigen darf. Die beantragten Mitgliedsbeiträge für die Kinder und Jugendlichen gelten pro Jahr.

Die Mitglieder des Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport stimmen dem Förderantrag des SV Motor Eberswalde e. V. (Mitgliederförderung für das Jahr 2014) in Höhe von 2.317,50 EUR mehrstimmig zu.

TOP 12

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 12.1

Vorlage: BV/1114/2014

Einreicher/zuständige Dienststelle:

61 – Stadtentwicklungsamt

INSEK Strategie Eberswalde 2030

Herr Schumacher führt aus, es liegen zu dieser Thematik zwei Änderungsanträge vor, die zu behandeln sind. Der eine Antrag wurde von der Fraktion FDP/Bürgerfraktion Barnim eingereicht, der andere von der Fraktion Bündnis für ein demokratisches Eberswalde.

Frau Fellner informiert über den aktuellen Stand zum INSEK - Strategie Eberswalde 2030. Des Weiteren führt Frau Fellner aus, dass der Änderungsvorschlag der Fraktion FDP/Bürgerfraktion Barnim im gestrigen AEW eingebracht, diskutiert und einstimmig zugestimmt wurde. Der Änderungsvorschlag der Fraktion Bündnis für ein demokratisches Eberswalde liegt erst seit heute vor und konnte deshalb auch nicht im AEW diskutiert werden. Darüber hinaus hat der AEW in seiner gestrigen Sitzung dem INSEK einstimmig zugestimmt.

Herr Zinn muss Frau Fellner leicht korrigieren, was das gestrige Abstimmungsverhalten betrifft. Richtig ist, von denjenigen die gestern im AEW abgestimmt haben, wurde einstimmig dafür gestimmt. Er hatte aber für seine Fraktion erklärt, dass sie sich am Abstimmungsprozess nicht beteiligen werden. Außerdem ist die Zeit viel zu kurz, um sich intensiv mit dem Konzept auseinandersetzen zu können und ggf. noch einmal in den Fraktionen oder auch in den Ausschüs-

sen zu thematisieren. Seine Fraktion wird sich deshalb auch heute nicht bei der Abstimmung mit beteiligen. Zu der Beschlussvorlage wird er sich heute nicht äußern, da er dies schon im gestrigen AEW gemacht hat.

Des Weiteren hat Herr Zinn zu der Übersicht „Anregungen/Abwägungen aus den März-Ausschüssen“ eine fachliche Anmerkung. Auf Seite 9, Pkt. 5 steht: „Sind die Angebote für Jugendliche im Viertel noch zeitgemäß?“ Seiner Meinung nach gilt diese Frage nicht nur für das BV, sondern für alle Stadtteile. Er kann deshalb auch nicht die Formulierung in Pkt. 5 des Abwägungsvorschlages verstehen. Die Stadtentwickler haben sich große Mühe gegeben und haben eigentlich auch viele offene Wunden dargelegt. Er glaubt aber, dass im Rahmen der INSEK-Strategie manches ernster genommen und thematisiert werden sollte. Was die Frage zur „Sozialen Stadt“ betrifft möchte er Folgendes sagen: Der Bürger oder die Vereine möchten sehen, was sie überhaupt noch in der Förderkulisse „Soziale Stadt“ oder mit begleitenden Förderinstrumenten bewegen oder beantragen können. Diese Kernbotschaft sollte schon nach außen hin getragen werden. Was die Frage des Sports betrifft, sollten wir uns nicht nur in den bekannten Sportvereinen bewegen. Natürlich muss es immer unter dem Aspekt betrachtet werden, was ist machbar und was können wir uns leisten. Wo aber kulturelle und sportliche Integrität zu gewährleisten ist, sollten wir auch versuchen, es anzugehen.

Herr Prof. Creutziger fragt, ob der Bildungsteil mehr auf Kita und Grundschule ausgereicht ist. Er findet, es geht hier nicht so klar hervor, ob es um Bildung geht oder um den Teil für den die Stadt als Träger zuständig ist. Auf Seite 95 wird z. B. vom Bildungsübergang zwischen Kita und Schule gesprochen. Gleiches gilt auch für die Kooperation von Schulen und Unternehmen. Es könnte vielleicht so gedeutet werden, als ob es um den Übergang von Schulen zur Berufsbildung geht, was aber irgendwie zurücktritt, zumindestens in der Darstellung. Des Weiteren steht auf Seite 96 etwas vom „... duale Bildungssystem im Kreis.“. Er möchte wissen, was damit gemeint ist, weil danach der Satz folgt: „Dieses Bildungssystem wird sehr häufig von Jugendlichen ohne Schulabschluss nachgefragt und genutzt.“.

Frau Ladewig erklärt, die duale Berufsausbildung ist so gemeint, dass der eine Part Schule ist und der andere Teil Praxis im Unternehmen, wie es auch am OSZ gehandhabt wird. Es ist richtig, dass wir uns im Bereich Bildung maßgeblich auf die Schulträgeraufgaben konzentriert haben, aber wir gehen drüber hinaus, wenn wir in die anderen Schlüsselprojekt gehen, die sich mit Wirtschaftbelangen und Sonstigem beschäftigen, weil dort ist wiederum der Übergang zwischen Schulen zum Unternehmen ins Berufsleben mit maßgeblich und natürlich von besonderer Beachtung.

Herr Pieper hat zwei Anmerkungen zu den eingereichten Anträgen. Bei dem einen Antrag hatte er bereits im gestrigen AEW geäußert, dass er diesen als nicht notwendig ansieht und sich deshalb bei der Abstimmung enthalten wird, also war die Abstimmung für die Ergänzung des Antrages nicht einstimmig, sondern mehrheitlich.

Frau Fellner erklärt, dass sie das Abstimmungsverhalten insgesamt zum INSEK zitiert hat und

dort gab es keine Gegenstimme und auch keine Enthaltung.

Herr Pieper äußert, bei dem Gesamtkonzept des INSEK dafür gestimmt zu haben.

Herr Gatzlaff möchte klarstellen, dass für die Beschlussfähigkeit des Ausschusses maßgeblich ist, wie viel Ausschussmitglieder anwesend sind und für die Feststellung des Ergebnisses, wie viel teilgenommen haben. In dem Fall haben vier Ausschussmitglieder an der Abstimmung teilgenommen, die einstimmig dafür gestimmt haben und deshalb ist die Aussage von Frau Fellner völlig korrekt gewesen.

Herr Pieper hält den heute eingereichten Antrag der Fraktion Bündnis für ein demokratisches Eberswalde ebenfalls für nicht notwendig. Das INSEK selbst wird seine Zustimmung finden.

Herr Zinn hat eine Nachfrage als Ortsvorsteher. Es gibt drei Sporthallen im BV, wo regelmäßig auch Wettkämpfe stattfinden und die sogar von vielen aus dem Land Brandenburg frequentiert werden. Bei diversen Wettkämpfen fiel ihm auf, dass kaum Zuschauer anwesend sind. Seine Nachfrage bei den Vereinen ergab, dass diese nicht in der Lage sind, Zuschauer aufzunehmen, weil die technischen Voraussetzungen dafür fehlen. Er hätte deshalb die Bitte an die Sportexperten der Stadtverwaltung zu überlegen, ob das BV auch in dieser Frage aufgewertet werden sollte. Hinsichtlich des Einwohnerschwundes im BV stellt er sich die Frage, ob die drei Sporthallen überhaupt noch überleben werden, wo sich eine noch in städtischer Trägerschaft befindet.

Frau Fellner betont, mit dem INSEK bekennen wir uns eindeutig zur „Sozialen Stadt“ im BV. Es ist aber nicht das Instrument, um die Details in diesem Raumprogramm auf dieser Ebene hier zu formulieren.

Frau Ladewig führt aus, Herr Zinn sprach vorhin auf Seite 9 im Abwägungsprozess den Punkt 5 an und ob die Angebote für die Jugendlichen im Viertel noch zeitgemäß sind. Dieser Punkt gehört zu den monatlichen Aufgaben der Mitarbeiter/-innen des Jugendclubs am Wald und der Quartiersmanagerin, die in regelmäßigen Abständen Umfragen machen bei den Kindern und Jugendlichen, um die Angebote den Bedarfen anzupassen. Die Anregungen, die Herr Zinn vorhin zum Sport geäußert hat, nimmt sie gern mit für die Sportentwicklungsplanung.

Herr Zinn betont noch einmal, dass der Punkt „Angebote für die Jugendlichen ...“ nicht nur auf das Brandenburgische Viertel reduziert werden sollte, weil er für alle Stadtteile gilt.

Herr Schumacher bittet die Einreicher der Fraktion FDP/Bürgerfraktion Barnim ihren Änderungsantrag zu begründen.

Herr Hartmann erklärt, seine Fraktion würde gerne den im Änderungsantrag genannten Punkt in das INSEK integrieren wollen, weil es zukunftsweisend durchaus Modelle geben kann, die auch der Stadt in Zukunft Kosten erspart. Beispielsweise könnte sich die Stadt Eberswalde mit dem

LK Barnim verständigen um zu klären, was in unserer Region als Fuhrpark gebraucht wird. Dadurch könnte es vielleicht auch Einsparpotenzial im Bereich der öffentlichen Hand geben.

Herr Prof. Creutziger fragt, ob es so gemeint ist, es kann einen gemeinsamen Pool von Kraftfahrzeugen zwischen Verwaltungen geben, aber auch zwischen Verwaltung und Wirtschaft und Bürgern. Er versteht nicht, warum hier Verbraucher steht.

Herr Poster erklärt, dass dies gänzlich offen gehalten wurde. Es geht aber darum, dass man dort sagt, wir haben den und den Zustand und wir glauben, dass an dieser Stelle dort andere Möglichkeiten bestehen, wo die Stadt im Prinzip dann auch Geld sparend nachher dastehen könnte und vielleicht auch mit einer besseren Qualität.

Es gibt keine weiteren Nachfragen. Herr Schumacher stellt den Änderungsantrag der Fraktion FDP/Bürgerfraktion Barnim zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: - mehrstimmig befürwortet -

Herr Schumacher ruft den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis für ein demokratisches Eberswalde auf und fragt an, ob es dazu Anmerkungen gibt.

Herr Zinn findet, dass der Antrag ein qualifiziertes Werk ist und eigentlich schon im gestrigen AEW hätte vorliegen müssen. Da er den Antrag jetzt nur überfliegen konnte, konnte er sich auch kein Meinungsbild darüber machen. Er wird sich deshalb mit seiner Fraktion heute nicht an der Abstimmung beteiligen, er will damit aber auch keine Wertung treffen.

Herr Schumacher macht darauf aufmerksam, dass dieser Antrag erst heute bei der Verwaltung eingegangen ist.

Frau Fellner wirft ein, auch sie habe den Änderungsantrag erst heute Nachmittag bekommen und gelesen, sie würde aber trotzdem gern zu den einzelnen Punkten etwas sagen wollen. Anschließend geht Frau Fellner auf den Änderungsantrag von Herrn Triller ein und nimmt aus Sicht der Verwaltung zu den einzelnen Punkten Stellung.

Herr Zinn fragt an, ob die Vorschläge von Herrn Triller in die Synopse mit eingearbeitet werden.

Frau Fellner verneint die Antwort und erklärt, dass es der Verwaltung nicht mehr zusteht, die Synopse weiter fortzuschreiben, da sie bereits in der vorigen Runde geschrieben wurde als die Ausschussmitglieder ihre Anregungen gegeben haben. Aus dem Bereich der Anregungen sind wir jetzt raus und wir befinden uns jetzt in dem Bereich der Beschlüsse. Wer jetzt eine Änderung vortragen will, macht einen Änderungsentwurf zu dem die Verwaltung dann eine Meinung hat. Vom Verfahren her würde es in der StVV. auch so sein, dass zuerst über die Änderungsanträge abgestimmt wird und dann über das Gesamtwerk. Im Übrigen können das INSEK und die bishe-

rigen Änderungen dazu auch im Internet unter den Seiten der Stadt Eberswalde nachgelesen werden. Nach dem Beschluss bekommen alle ein Exemplar mit allen Änderungen ausgehändigt.

Es gibt keine weiteren Nachfragen. Herr Schumacher stellt den Antrag der Fraktion Bündnis für ein demokratisches Eberswalde zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: - mehrheitlich abgelehnt -

Herr Zinn nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Herr Schumacher stellt anschließend das Gesamtkonzept der Vorlage: BV/1114/2014 - „INSEK Strategie Eberswalde 2030“ zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig befürwortet –

Herr Zinn nimmt nicht an der Abstimmung teil.

TOP 12.2

Vorlage: BV/1112/2014

Einreicher/zuständige Dienststelle:

40 – Amt für Bildung, Jugend und Sport

Rahmenkonzeption für das Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio

Herr Schumacher verweist auf die Austauschseite zur Rahmenkonzeption, die heute an alle Ausschussmitglieder verteilt wurde. Er bittet darum, die entsprechende Seite 4 auszutauschen.

Frau Ladewig erklärt, in der Austauschseite geht es um eine Klarstellung, damit es nicht zu Missverständnissen kommt. Des Weiteren gibt Frau Ladewig einen kurzen Sachstand zur Rahmenkonzeption, die heute als Beschlussvorlage allen Ausschussmitgliedern vorliegt. Frau Ladewig bittet um die Zustimmung zur Vorlage.

Herr Hartmann hat eine Nachfrage zu dem Blatt mit den Zusatzinformationen (Stellungnahme des Amtes für Bildung, Jugend und Sport zu den Anfragen in der 46. Sitzung des ABJS vom 12.03.2014), speziell zu der Summe für die Bibliothek. Ihn interessiert, wie die 125 T€ zustande kommen.

Frau Winkler erklärt, dass dies der Grundbetrag ist, welcher sich aus der Summe in Höhe von 11,40 € mal die Quadratmeterzahl für die Bibliothek zusammensetzt. Die Quelle bezieht sich auf den Baubeschluss aus dem Jahr 2011, in dem die 125 T€ mit einkalkuliert sind als künftige Miete. Die Einsparung von 91 T€ jährlich ergibt sich aus der Differenz der derzeitigen Miete.

Herr Hartmann wirft ein, dass die 125 T€ (künftige Miete für das BBZ) nur eine Zahl ist, die ei-

gentlich nicht existiert und nur dem doppischen Haushalt geschuldet ist.

Herr Gatzlaff führt dazu aus, es ist richtig, dass die 125 T€ nicht ausgegeben werden, sondern die Abschreibungen werden gegengerechnet vom Hochbauamt und diese resultieren aus den Investitionskosten. Formalbetrachtet ist es nicht wirklich Miete, aber durchaus vergleichbar.

Herr Poster fragt an, wie groß die Quadratmeterzahl für die neue Stadtbibliothek sein wird, gegen über der jetzigen.

Frau Winkler kennt jetzt die genaue Quadratmeterzahl nicht, deshalb würde sie diese gern nachliefern wollen.

Anmerkung der Verwaltung: Das Amt für Bildung, Jugend und Sport konnte folgende Zahlen für die Stadtbibliothek ermitteln:

<i>Derzeitige Fläche in der Rathauspassage:</i>	<i>1.100,78 m²</i>
<u>Zukünftige Fläche im Bürgerbildungszentrum Amadeo Antonio:</u>	<u>937,43 m²</u>
<i>Differenz:</i>	<i>163,35 m²</i>

Herr Zinn macht Herrn Postler darauf aufmerksam, dass Herr Bessel in der letzten Hauptausschusssitzung auf diese und weitere Fragen ausführlich geantwortet hatte, was in der Niederschrift auch nachgelesen werden kann. Des Weiteren hat Herr Zinn eine Nachfrage zum TOP 13 - Öffnungszeiten Café im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio -, der sich ebenfalls auf dem Blatt mit den Zusatzinformationen befindet. Ihn interessiert, ob das Café nur mit Bundesfreiwilligen betrieben werden soll.

Frau Winkler erklärt, das Betreiberkonzept sieht vor, dass dauerhaft vor Ort drei Bundesfreiwillige sein werden, die dann in dem Café den regulären Betrieb übernehmen. Es werden außerdem von der Volkssolidarität zwei hauptamtliche Personen mit der Betreuung des Cafés beauftragt, die auch gleichzeitig Ansprechpartner und Anleiter für die Bundesfreiwilligen sind. Sie möchte außerdem darauf aufmerksam machen, dass das Betreiberkonzept des Cafés nicht Bestandteil des Rahmenkonzeptes ist und gleiches gilt auch für die Angaben zur Bibliothek.

Herr Zinn hat große Probleme damit, dass wir im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio einen Träger anbieten mit Bundesfreiwilligendienstlern. Er hält dies für grenzwertig.

Herr Schumacher kann keine weiteren Wortmeldungen erkennen und stellt die Vorlage: BV/1112/2014 – „Rahmenkonzeption für das Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio“ zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: - mehrstimmig befürwortet -

TOP 12.3

* **Vorlage:** BV/1125/2014

Einreicher/zuständige Dienststelle:

Fraktionen: SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen

Schulsozialarbeit an den städtischen Grundschulen

Herr Schumacher erinnert an die Eilbedürftigkeit der Vorlage, die vorhin bereits durch die Einreicher begründet wurde und jetzt zur Diskussion steht.

Herr Rumpelt äußert, dass er bisher nur von befristeten Stellen gelesen hat, aber keinerlei von länger befristeten Stellen. Er fragt sich, ob er was verpasst hätte. Er kommt selber aus dem Universitätsbereich und weiß, dass man für eine halbjährige Befristung keine Fachkräfte bekommt.

Herr Lux erklärt, dass mit Beginn des Schuljahres 2014/2015 an jeder städtischen Grundschule eine Vollzeitstelle Schulsozialarbeit befristet eingerichtet werden sollte. Die drei Einreicher wollen mit dieser Vorlage versuchen jetzt eine Brücke zu schlagen, weil die AG „Schulsozialarbeit“ nicht in der von der StVV. beschlossenen Frist zu einer abschließenden Empfehlung kommen konnte. Aber auch deshalb, um dieses Thema trotzdem aufzunehmen und den Handlungsbedarf entsprechend zu befriedigen. Das Ganze sollte erst einmal befristet auf ein Schuljahr begrenzt werden. Es ist außerdem zwingend erforderlich, dass die AG ihre Arbeit weiterhin fortsetzt und möglichst auch zeitnah zum Abschluss der Bedarfsanalyse kommt, damit dann aus einer möglichen Befristung eine unbefristete wird. Weiter führt Herr Lux aus, dass die Einreicher dem Ergebnis der AG nicht vorgreifen wollen, da die Vorschläge schon von der AG kommen sollen und es sollte außerdem noch in dieser Wahlperiode zu einem Abschluss kommen.

Herr Zaumseil möchte in seine Funktion als Vorsitzender der AG „Schulsozialarbeit“ Folgendes ergänzen: Er findet die Vorlage aus zwei Gründen sehr gelungen. Es gibt keinen Widerspruch zu der Arbeit der AG „Schulsozialarbeit“. Sie kann ungehindert ihre Arbeit weiterhin aufnehmen und Ergebnisse liefern. Gleichzeitig wird erst einmal eine Lösung vorgeschlagen auch als Zeichen dafür, dass die Schulen nicht alleine gelassen werden. Die Herausforderungen der Lehrer nehmen extrem durch die immer heterogener werdende Schülerklientel zu. Besonders in der Grundschule müssen hohe Kontingente an Schulsozialarbeiterstunden geschaffen werden, weil es gerade diesen präventiven Ansatz unterstreicht, um einfach die Probleme gleich anzugehen, wenn sie entstehen. Von daher würde er unbedingt empfehlen, dieser Vorlage zuzustimmen.

Herr Zinn und seine Fraktion haben sich schriftlich zu dieser Vorlage positioniert und sie werden dieser auch zustimmen, weil dann zumindestens für ein Jahr eine Planungssicherheit gegeben ist. Weiterhin sollte der LK Barnim auch nicht aus seiner Verantwortung gelassen werden, weil die Finanzierung der Schulsozialarbeiterstellen nicht nur Sache der Stadt Eberswalde ist. Außerdem gibt es beim LK Barnim auch noch so eine AG, an die er erinnern möchte und worauf er jetzt schon gespannt ist, zu welchem Ergebnis diese kommen wird.

Herr Postler führt aus, es gibt im Land Brandenburg eine gewisse Tradition, was die Lösung von Problemen an Schulen betrifft und die AG braucht sicherlich nicht umsonst eine relativ lange Zeit, um dieses Problem sinnvoll zu bearbeiten. Es sollten deshalb auch die Erfahrungen der bisherigen Schulen genommen werden. Herr Zaumseil war an der Goethe-Schule und er kennt auch die Projektarbeit der Schulsozialarbeiter, die von ganz unterschiedlicher Qualität ist. Die eigentliche Unterstützung für den Lehrer ist nämlich nicht immer so, wie man sich das vorstellen könnte und genau das muss gut begleitet werden. Die Idee, erst einmal Stellen zu schaffen, hält Herr Postler für absurd.

Herr Gatzlaff gibt zunächst einen kurzen Sachstand zur Problematik Schulsozialarbeit. Aus dem Bericht von Herrn Zaumseil konnte er entnehmen, dass eine Bedarfsanalyse wichtig ist, weil offensichtlich die AG ganz unterschiedliche Antworten darauf hat, was Schulsozialarbeit an Schulen ist. Egal, ob es jetzt um Konzeptarbeit geht oder ob es dauerhaft sein soll, die Ansätze sind sehr umstritten und natürlich muss die AG erst einmal zum Ende kommen, bevor sie den zweiten Schritt macht. Die Einreicher wollen mit ihrer heutigen Vorlage nun doch den zweiten Schritt vor dem ersten machen. Herr Gatzlaff betont, bevor der Antrag umgesetzt wird, hätte er gerne Folgendes gewusst: Welche Bedeutung hat die AG noch, insbesondere dann, wenn Schulsozialarbeiter eingestellt wurden und hatte sie von Anfang an tatsächlich eine unabhängige Funktion? Was soll den Schulsozialarbeitern eigentlich gesagt werden, was sie für Aufgaben haben und wie soll ihnen erklärt werden, dass sie vielleicht nicht mehr gebraucht werden? In diesem Zusammenhang erinnert Herr Gatzlaff an die Aufgabenkritik. Es steht dort u. a., dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Vorschlag unterbreitet haben, in keinem Amt und in keinem Dezernat soll es eine Stellenerhöhung geben und wenn im Ausnahmefall doch, dann soll dafür in anderen Bereichen Stellen eingespart werden. Herr Gatzlaff führt weiter aus, es könnte durchaus auch sein, dass die Schulsozialarbeit oder andere Themen die wir haben so wichtig sind, dass wir doch eine Änderung vornehmen müssen. Deshalb sollten wir uns schon die Mühe machen und ausführlich begründen, warum wir jetzt und sofort Schulsozialarbeiter brauchen und warum wir diesen Auftrag nicht an den LK Barnim geben können, der ja eigentlich dafür zuständig ist. Mit der Aufgabenkritik haben wir uns damals vorgenommen, keine neuen Aufgaben zu übernehmen und wir haben dafür die Grund- und Gewerbesteuern erhöht. Die Fraktionen hatten damals den Bürgern versprochen, wenn ein finanzpolitischer Spielraum vorhanden ist, werden die Steuern wieder gesenkt. Er sieht diesen finanzpolitischen Spielraum nicht, aber offensichtlich wohl die Einreicher des Antrages, denn sie wollen eine neue Aufgabe übernehmen, wenn auch erst einmal vorübergehend, möglicherweise auch dauerhaft. Herr Gatzlaff bittet deshalb die Einreicher der Vorlage, zu erklären, wie sie die bisherigen Aussagen und die jetzigen Aussagen miteinander rechtfertigen.

Frau Forster fügt hinzu, die AG wird jetzt durch eine externe Begleitung unterstützt und sie ist davon überzeugt, dass bald ein strukturiertes und schnelles Verfahren vorhanden sein wird. Außerdem erhalten künftig einzelne Mitglieder der AG Hausaufgaben, die sie zu erledigen haben. Weiter führt Frau Forster aus, dass im Sommer ein Ergebnis vorliegen könnte, so dass im August/September mit der Ausschreibung begonnen werden kann. Im September/Oktober könnten

dann die Einstellungsgespräche erfolgen. Bestenfalls wären zum Ende des Jahres Mitarbeiter/-innen an den Grundschulen, die auf Grundlage einer Bedarfsanalyse dort sind. Ob Schulsozialarbeit letztendlich immer die richtige Antwort ist, kann sie nicht sagen, weil es sehr unterschiedliche Schulstrukturen gibt, wo vielleicht ein anderes sozialpädagogisches Format an der einen oder anderen Stelle greifen könnte.

Frau Schostan wird auf jeden Fall die Vorlage unterstützen. Sie findet es auch gut und richtig, dass jetzt dieses Zeichen gesetzt wird, aber nicht wegen des Wahlkampfes oder wegen der neuen Legislaturperiode, sondern einfach aus dem Grund, weil im letzten Jahr alle drei Schulleiter hier im Ausschuss waren und signalisiert hatten, dass sie Hilfe brauchen. Die Auffassung von Herrn Postler kann sie nicht teilen. Sie geht schon davon aus, wenn ein Schulsozialarbeiter eingestellt wird, ist es sein Thema und er kann sich dann auch entsprechend einbringen. Natürlich muss sich dieser erst einmal einen Überblick verschaffen über die Kinder, über die Lehrerschaft usw. Herr Zaumseil sprach vorhin davon, mit der Prävention von unten anzufangen, dem kann sie nur zustimmen. Weiter führt Frau Schostan aus, dass sie die Bedarfsanalyse auch für wichtig hält, aber eher im Hinblick auf die Anzahl der Stellen, welche Projekte etc. Das Ergebnis kann für sie persönlich nur so aussehen, dass Schulsozialarbeiter an unseren Grundschulen gebraucht werden.

Herr Lux möchte ein paar Argumente aufnehmen, die von der Verwaltung genannt wurden. Es wurde u. a. gesagt, die Schulleiter haben dringenden Bedarf signalisiert. Ihnen jetzt zu erklären, warum dieser Handlungsbedarf hier nicht befriedigt werden kann und die Problematik wieder nach hinten geschoben werden muss, könnten sie sicherlich nicht verstehen und deshalb sollte jetzt dieses Problem angegangen werden. Herr Postler schilderte vorhin die Situation an der Goethe-Schule, wo nämlich die Mitarbeiter der Stiftung SPI mit Zeitverträgen beschäftigt sind, also mit Jahresverträgen. Diese Mitarbeiter müssen bspw. jährlich zu besprechende und zu verabschiedende Umsetzungskonzeptionen erarbeiten, in denen dann festgelegt wird, welcher Bedarf zu realisieren ist. Dazu kommt der Personalwechsel beim SPI, der seit ca. einem halben Jahr besteht, weil einfach die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Herr Lux ist davon überzeugt, dass trotz des engen Zeitfensters viele an der Goethe-Schule eine hervorragende Arbeit leisten. In Bezug auf die Flexibilität der Konzepte, wird dies auch ein Prozess sein. Deshalb ist es wichtig und Bestandteil dieser Vorlage, dass die AG ihre Arbeit fortsetzt und zeitnah zu Ergebnissen kommt. Selbstverständlich muss der LK Barnim in die Verantwortung genommen werden und die Stadt sollte auch hier weiter verhandeln. Er appelliert an die Ausschussmitglieder, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Zaumseil ist sich sicher, dass die AG ergebnisoffen bleibt und nicht manipuliert werden kann. Das liegt schon darin begründet, weil die Personen, die sich in dieser AG befinden, unterschiedliche Ansichten haben und auch eine sehr unterschiedliche Herangehensweise mitbringen. In Bezug auf die Äußerung von Herrn Postler kann er sich nicht vorstellen, dass ein ausgebildeter Schulsozialarbeiter nichts auf die Reihe bekommen soll oder dass er seine Arbeit schlecht macht und außerdem noch Schaden anrichtet. Er fände es nicht schlecht, wenn vorerst

drei befristete Stellen geschaffen werden.

Herr Prof Creutziger hat aus den vergangenen Gesprächsrunden mit den Schulleitern auch sehr deutlich herausgehört, dass der Wunsch besteht, in dieser Richtung etwas zu machen. Natürlich gibt es dabei Risiken, aber nichts zu unternehmen, wäre wohl das größere Risiko.

Herr Duckert wird sich heute der Abstimmung enthalten, weil einerseits die Bedarfsanalyse noch nicht vorliegt und andererseits fehlt ihm die Definition der Begrifflichkeiten (Schulsozialpädagogik, Schulsozialarbeit, Aufgaben, Schulhilfepläne etc.). Außerdem würde er sich gern noch einmal mit den finanziellen Auswirkungen auseinandersetzen wollen und sich innerhalb seiner Fraktion dazu verständigen.

Herr Pieper stimmt dem Vorschlag aus folgendem Grund zu. Aus seiner Sicht unterhalten wir uns hier ergebnisoffen. Für ihn ist es aber nicht so ergebnisoffen, weil es nicht nein oder ja heißt, sondern nur ja und wie viel. Es wurde vielfach vorgetragen, dass es notwendig sei, Schulsozialarbeiter an Schulen zu haben. Damals war er stark davon beeindruckt, als in der gemeinsamen Ausschusssitzung im BV die Schulleiterin der GS „Schwärzeseesee“ über diverse Probleme gesprochen hatte. Als Herr Zinn mit dem Vorschlag kam, hatte er sofort seine Sympathie geäußert und den Vorschlag unterstützt, genau zu analysieren, was benötigt wird. Herr Pieper führt weiter aus, auch, wenn das endgültige Ergebnis noch nicht klar ist, sollte keine Zeit verloren gehen. Insofern erwartet er ein zeitnahes Ergebnis für den Sommer, welches hier u. a. auch geäußert wurde. Es sollte jetzt geschaut werden, wo und wie viel Bedarf an den Schulen benötigt wird und danach sollte mit der Stellenausschreibung begonnen werden, die frühestens nach der StVV. am 24.04.14 erfolgen kann, damit zu Beginn des neuen Schuljahres am 25.08. Personal an den Schulen vorgehalten werden kann.

Aus Herrn Hartmanns Sicht hat das hier wenig mit Sachpolitik zu tun. Was hier gerade läuft hält er deshalb für populistisch, da eigentlich gar keiner gegen die Vorlage reden kann. Selbstverständlich ist er für Schulsozialarbeit, da er selber aus dem Bereich kommt und er weiß auch, dass es Probleme an Schulen gibt. Seiner Meinung nach ist es aber der völlig falsche Weg. Vielleicht wird der Stadt dadurch ein Kuckucksei ins Nest gelegt, weil überhaupt nicht eingeschätzt werden kann, was bei Zustimmung des Antrages passieren wird und vor allem ist es gar nicht die Aufgabe der Stadtverwaltung. Hier sitzen starke Fraktionen aus dem Kreistag am Tisch und er fragt sich, warum dort nichts passiert. Zu der Frage Konzepte an Schulen führt Herr Hartmann aus, dass jede Schule mit unterschiedlichen Konzepten arbeitet, die es selbstverständlich auch geben muss. Bspw. gibt es an seiner Schule völlig andere Konzepte, wo gar kein Schulsozialarbeiter mit einer Vollzeitstelle reinpassen würde, weil zunächst einmal sinnvolle Ergänzungen stattfinden müssten. Er sieht schon das Schulsozialarbeiter gebraucht werden, aber nicht an jeder Grundschule eine Vollzeitstelle. Weiterhin wurde davon gesprochen, dass an einer Schule Qualität sein muss, die nach seiner Auffassung nur so gut sein kann, wie die Leute dort arbeiten. Insofern hat er Bedenken entsprechendes Personal zu finden, dass fachmännisch engagiert arbeitet. Hinzu kommt noch, dass die Stellen befristet sind und das es noch keinerlei Konzepte

gibt. Was Herr Lux vorhin zum SPI geäußert hat, war bloß die halbe Wahrheit, denn dort ist genau dieser Effekt, warum die Beschäftigten gerade aus den eben genannten Gründen die Lust verloren haben, weil sie eben keine Lebensplanung machen können. Herr Hartmann findet die Vorlage deshalb unsachlich und nicht fundiert, er kann aber auch nicht dagegen stimmen.

Herr Schmiedel gibt zu bedenken, dass hier von den Eberswalderinnen und Eberswaldern von morgen gesprochen wird und es deshalb sehr wichtig ist, mit ihnen auch sozial zu arbeiten. Die Lehrer würden entlastet werden, weil sie teilweise nicht die Möglichkeit haben, sich mit den Kindern so gezielt auseinanderzusetzen oder mit ihnen zu arbeiten, was an einer Grundschule schon sehr wichtig ist.

Herr Lux nimmt Bezug auf die Aussage von Herrn Hartmann. Er findet, es geht einfach zu weit, ihnen hier an dieser Stelle Populismus zu unterstellen, was er von sich weisen möchte. Die Einreicher haben mit ihrer vorherigen Vorlage versucht, deutlich zu machen, dass es eben nicht ein pauschales Ergebnis geben kann, denn sonst hätten sie schon im Oktober den Antrag der Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler mit unterstützen können. Das die AG jetzt leider nicht in der Zeit ein Ergebnis vorlegen kann, ist mehr als bedauerlich und mit dieser Situation hat ein verantwortlicher Kommunalpolitiker dann umzugehen. Die Situation der Jugendarbeit, die Herr Hartmann mit dem SPI an der Karl-Sellheim-Schule beschrieben hat, ist so, wie sie seit Jahren in der Stadt Eberswalde durchgeführt wird (Jahresverträge, schlechte Bezahlung etc.).

Aus Herrn Postlers Sicht wird jetzt versucht, die Probleme die wir jahrelang schon hatten, falsch zu lösen. Es sollte primär an die Sache herangegangen werden, damit die Qualität vom LK Barnim gesteigert wird. Die Lehrer wollen natürlich auch gute Partner an ihrer Schule haben.

Frau Schostan muss Herrn Lux dahingehend unterstützen, weil sie es auch als Frechheit empfindet, dass hier unter dem Thema Populismus zu stellen, was sicher nicht ihre Beweggründe gewesen sind. Außerdem hatte sie sich ganz stark für den Hort der GS „Bruno H. Bürgel“ eingesetzt und war damit im Prinzip gegen die Verlegung der Sprachklassen ins Brandenburgische Viertel. Insofern findet sie die Aussage von Herrn Hartmann frech.

Herr Hartmann würde gern von Herrn Lux wissen wollen, wie oft er in diesem Ausschuss war und ob er die Protokolle kennt. Der Vorwurf allein, dass die Problematik nicht bekannt ist, stimmt nicht, weil wir hier in diesem Ausschuss schon oft über diese Situation geredet haben. Er muss deshalb die Geschichte zurückweisen, weil sie fachlich nicht fundiert ist.

Herr Zinn schlägt vor, jetzt die Debatte zu beenden und in das Abstimmungsverfahren einzutreten.

Herr Schumacher stellt fest, dass es keinen Widerspruch gibt.

Herr Schumacher stellt die Vorlage: BV/1125/2014 - „Schulsozialarbeit an städtischen Grundschulen“ zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: - mehrheitlich befürwortet -

Herr Duckert nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Herr Schumacher schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:30 Uhr.

gez. Günter Schumacher
Stellv. Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung, Jugend und Sport

gez. Berg
Schriftführerin

